

swiTT  
Swiss Technology Transfer Association  
Postfach  
3000 Bern

Per e-mail

Staatssekretariat für Bildung,  
Forschung und Innovation  
Magda Spycher  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern

Bern, den 24. August 2015

**Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (SAFIG-  
Entwurf vom 18. Mai 2015) – Stellungnahme der Schweizerischen Technologietransfer  
Vereinigung, swiTT**

Sehr geehrte Frau Spycher,

Mit diesem Schreiben möchte die Schweizerischen Technologietransfer Vereinigung, swiTT ihre  
Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Schweizerische Agentur für  
Innovationsförderung (SAFIG) vom 18. Mai 2015 mitteilen.

Im Namen der swiTT danke ich Ihnen im Voraus für Ihre Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen,

  
Dr. Michel Dreano  
Geschäftsführer swiTT

**Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (SAFIG-Entwurf vom 18. Mai 2015)**

**Stellungnahme der Schweizerischen Technologietransfer Vereinigung, swiTT**

**Einleitende Anmerkungen:**

Die Schweizerische Technologietransfer Vereinigung, **swiTT** ([www.switt.ch](http://www.switt.ch)), ist der Verband der Fachleute, welche hauptberuflich im Technologietransfer zwischen den Schweizer Hochschulen und öffentlichen Forschungsinstitutionen einerseits und der Wirtschaft andererseits tätig sind. Die Vereinigung wurde im Oktober 2003 gegründet und zählt heute über hundert Mitglieder aus der ganzen Schweiz. Neben den akademischen und Business-Mitgliedern sind auch Institutionen als unterstützende Mitglieder in der Vereinigung vertreten.

Der Verein bezweckt die Förderung, Unterstützung und Stärkung des Technologietransfers in der Schweiz zum Nutzen der Schweizerischen Gesellschaft, insbesondere durch die Förderung

- der fachlichen und beruflichen Fähigkeiten seiner Mitglieder;
- des Verständnisses für den Technologietransfer-Prozess und seinen Nutzen
- für die Gesellschaft;
- von optimalen Rahmenbedingungen für den Technologietransfer
- der persönlichen Beziehungen der Mitglieder untereinander

swiTT setzt sich für eine stärkere Vernetzung der involvierten Parteien aus Akademie, Wirtschaft und Politik im Technologietransfer ein. Durch die Stimulation eines aktiven Dialogs mit den Forschungsinstitutionen (öffentlich und privat), der Wirtschaft und der Verwaltung will der Verein beste Bedingungen für einen schnellen Transfer von neuesten Technologien aus dem akademischen Bereich in die Wirtschaft erwirken.

Der Verein erreicht seine Ziele durch gemeinnützige Aktivitäten, wie:

- Durchführung von Veranstaltungen und Kursen;
- Erfahrungsaustausch und Erarbeitung von "Best Practices" durch Kontaktpflege auf nationaler und internationaler Ebene;
- Dienstleistungen für Mitglieder und Dritte;
- Führung des Dialogs mit der Öffentlichkeit, der Wirtschaft und den Behörden
- Herausgabe von Veröffentlichungen.

Da die swiTT-Mitglieder als Experten des Technologietransfers direkt an der Schnittstelle zwischen Hochschulen und Wirtschaft agieren ist der Verein vom Entwurf des neuen Bundesgesetzes über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (SAFIG) vom 18. Mai 2015 direkt betroffen und möchte daher dazu im Vernehmlassungsprozess Stellung nehmen.



## **Stellungnahme der swiTT zum geplanten Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (SAFIG):**

Die swiTT begrüsst die Neuorganisation der KTI als öffentlich-rechtliche Anstalt, da dies eine neue, effizientere Organisation verspricht, sowie Verbesserungen in Bezug auf das Führungssystem, verstärkter Transparenz, der Regelung von Interessenskonflikten und der Wahrung von Amtsgeheimnissen.

Die kontinuierliche Offenlegung allfälliger Interessenbindungen der Kandidaten und Mitglieder des Verwaltungsrat (Art. 6. Abs.2 SAFIG) sowie des Innovationsrats (Art. 8 Abs. 3 SAFIG) stellt einen wichtigen Fortschritt bei der Transparenz der Interessenbindungen von Entscheidungsträgern vollzogen, was dem allgemeinen Vertrauen in die Unabhängigkeit der Entscheidungen zuträglich ist.

Des Weiteren begrüssen wir die ausgeglichene Repräsentation der Landessprachen und der Geschlechter im Verwaltungs- und Innovationsrat aufgrund der nun für die Innosuisse geltenden Kaderlohnverordnung und der Vorgaben der Bundesrats für Sprachen- und Geschlechtervertretung im obersten Leitungsorgan der bundesnahen Unternehmen.

Ebenfalls positiv sehen wir die neu gestaltete Unterstützung der Jungunternehmer mit freier Wahl der Coaches und Mentoren.

Bei der Neugestaltung der KTI erscheint es uns wichtig, dass ein partnerschaftliches Verhältnis etabliert wird zwischen den Akteuren der Wirtschaft und der Akademie, und dass die Beiträge alle jener, die zur Wertschöpfungskette beitragen, anerkannt werden, einschliesslich der Hochschulen und deren Forschenden. Dazu ist es unabdingbar, dass die Interessen der forschenden Institutionen im Innovationsrat und v.a. im Verwaltungsrat ausreichend repräsentiert sind.

Im Bestreben die Innovationsförderung in der Schweiz effizient zu gestalten schlagen wir folgende Änderungen vor:

Art. 21 lit. g sowie Art. 22 (Rückforderung bei wirtschaftlichem Nutzen und Gewinnbeteiligung) sollten ersatzlos gestrichen werden da diese mit Art. 38 und 39 FIFG redundant sind. Die Gewinnbeteiligung bei erfolgreicher Verwertung der Projekte ist in der Praxis schwierig umzusetzen. Der Umsetzungspartner, der selbst oft erhebliche Ressourcen ins Projekt einbringt, erhält ja keine direkten Fördergelder, was eine Rückforderung fragwürdig macht. Bezüglich einer Gewinnbeteiligung ist anzumerken, dass der Beitrag der geförderten Forschungs- und Entwicklungsarbeit am Erfolg eines Projektes nicht quantifizierbar ist, genauso wie die vom Umsetzungspartner und eventuellen Dritten erbrachten Leistungen. Dies macht eine präzise Bestimmung einer Gewinnbeteiligung unmöglich. Zusätzlich birgt der Anreiz einer Gewinnbeteiligung das Risiko, dass dadurch die Projektselektion beeinflusst wird. Die Mission von Innosuisse ist, vielversprechende und risikoreiche Projekte zu unterstützen, und nicht die Rolle privater Investoren zu übernehmen. Wir sind der Meinung, dass die Rückforderung der Fördergelder sowie eine Gewinnbeteiligung im Erfolgsfall die Innovationsprojekte weniger attraktiv macht und damit der Mission von Innosuisse zuwider läuft.

Der Inhalt der zukünftigen Beitragsverordnung sollte auf die finanziellen Aspekte begrenzt werden. In Anbetracht der vielfältigen möglichen Projektkonstellationen sind wir der Ansicht, dass Innosuisse keine Vorgaben über die Immaterialgüter- und Verwertungsrechte für die Innovationsprojekte erlassen darf und diese Aspekte den Vertragspartnern überlassen sollte. Wenn auf eine Regelung nicht verzichtet werden kann, sollten die Immaterialgüter- und Verwertungsrechte entsprechend des erprobten und von allen betroffenen Parteien als Konsens anerkannten Art. 41 V-FIFG geregelt werden.

In Anbetracht der weitgehenden Entscheidungskompetenzen des Innovationsrates über Förderungsgesuche ist zu vermeiden, ihm gleichzeitig allzu weitreichende Reglementierungskompetenzen zu übertragen. Demzufolge schlagen wir vor, die Vollzugsbestimmungen über die anrechenbaren Kosten für die Beitragsbemessung (Art. 8 al. 8 bst g) vom Verwaltungsrat validieren zu lassen.

Mit Hinblick auf die Bedeutung der anwendungsorientierten Forschung in den Hochschulen in der Zusammenarbeit mit Innosuisse möchten wir anregen, die Auswahlkriterien für die Mitglieder des Innovationsrats in Art. 8 al. 3 zu ergänzen mit deren Beziehung zum Hochschul- und Forschungsumfeld und zu den verschiedenen Fachbereichen.

Mit freundlichen Grüssen,



Dr. Stefan Kohler

Präsident swiTT